



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 27.11.2024

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 4. Dezember 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 21-S-00-0002
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 21-S-00-0003
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 21-S-00-0004
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

4. 21-S-00-0005

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 06.11.2024

6. 24-I-30-0015

ANLAGE

Einführung Bezahlkarte

- Beschluss Nr. 0053 des Ausländerbeirats vom 23.09.2024 -
- Beschluss Nr. 0118 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 06.11.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 15.11.2024 -

- Der Magistratsbericht und die dazugehörige NICHTÖFFENTLICHE Anlage steht den Stadtverordneten nach Anmeldung im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

7. 24-F-22-0075

Teilhabeassistenz

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 26.11.2024 -

Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen können bei entsprechenden Voraussetzungen Eingliederungshilfe erhalten. Teilhabeassistenz in Schulen ist ein entscheidender Baustein, um Kindern mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Förderung zu ermöglichen. Sie kann lebenspraktische Hilfen, Unterstützung im Unterricht und Begleitung bei schulischen Aktivitäten umfassen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie viele Kinder in der Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell eine Teilhabeassistenz haben.
2. wie viele Anträge aktuell noch in Bearbeitung sind.
3. wie lange die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Antrags auf Teilhabeassistenz ist.
4. wie lange es in der Regel von der Bewilligung des Antrags bis zur Umsetzung dauert.
5. ob es angemeldete berechnete Bedarfe gibt, die aktuell nicht erfüllt werden können. Wenn ja, warum? Wie wird sichergestellt, dass alle anspruchsberechtigten Kinder rechtzeitig Unterstützung erhalten?

8. 24-F-22-0076

Einschränkungen bei den Dienstleistungen der Ausländerbehörde
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 26.11.2024 -

Viele Mitbürger ohne deutschen Pass und ohne dauerhaften Aufenthaltstitel benötigen immer wieder Dienstleistungen der Ausländerbehörde. Insbesondere für unbegleitete minderjährige Ausländer (umAs) sind die Dienstleistungen der Behörde essentiell. Sie werden z. B. benötigt, um eine Ausbildung oder Ausbildungsmaßnahme zu starten und wenn ein umA das 18. Lebensjahr vollendet, ist es nur dann möglich, eine Wohnung bei einer städtischen Gesellschaft anzumieten, wenn ein Aufenthaltstitel für mindestens ein Jahr vorliegt.

Im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses Jugend und Planung des Jugendhilfeausschusses vom 20.11.2024 berichteten Vertreter der Freien Träger, dass die Ausländerbehörde aktuell keine frühzeitigen Verlängerungen der Aufenthaltstitel mehr vornimmt. Für umAs an der Schwelle zur Volljährigkeit kann das bedeuten, dass sie praktisch keine Chance auf eine Wohnung haben und mit dem Erreichen des 18. Lebensjahres in eine Gemeinschaftsunterkunft (GU) ziehen müssten. Im schlimmsten Fall könnte sogar Obdachlosigkeit drohen, da es auch Fälle von Geflüchteten geben kann, die nicht die Voraussetzungen für einen Platz in einer GU erfüllen. Gerüchteweise soll Personalmangel der Grund für die Situation sein.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- I. zu berichten,
 1. ob und wenn ja in welchem Ausmaß Leistungen der Ausländerbehörde aktuell eingeschränkt sind.
 2. woran es liegt, dass Leistungen eingeschränkt wurden.
 3. wie lange die Einschränkungen voraussichtlich andauern werden.
- II. Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ausländerbehörde wieder schnellstens alle Leistungen uneingeschränkt anbieten kann:
 1. wäre es denkbar, Personal aus anderen Bereichen der Stadtverwaltung zeitlich befristet bei der Ausländerbehörde einzusetzen (insbesondere solche, die vielleicht früher in diesem Bereich gearbeitet haben)?
 2. könnte man gegebenenfalls versuchen, ehemaliges Personal aus dem Ruhestand befristet "zurückzuholen"?
 3. welche anderen Maßnahmen wären denkbar?
- III. über getroffene Maßnahmen dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

9. 24-F-22-0044

ANLAGE

WiKITA Anmeldung Zwillinge (Mehrlinge)

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

- Beschluss Nr. 0090 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.09.2024 -

- Mündlicher Bericht des Dezernates VI -

10. 24-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

- Die Magistratsberichte zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 1 und 2 stehen im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

1. 24-F-22-0043

Erleichterung der Erzieherausbildung

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 07.11.2024 -

2. 24-F-63-0071

Nachmittagsangebote/Ganztagsplätze

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.09.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 11.11.2024 -

3. 24-V-04-0010

Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Geduldete und Gestattete

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 03.12.2024, die Beratungsunterlagen werden nachgereicht. -

4. 24-V-06-0006

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2024

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 03.12.2024, die Beratungsunterlagen werden nachgereicht. -

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 4. Dezember 2024

5. 24-V-33-0001

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 03.12.2024, die Beratungsunterlagen werden nachgereicht. -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher